

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

„Rainbow Cities Network“ stärken und neue Mitgliedsstädte gewinnen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das internationale „Rainbow Cities Network“ (RCN) weiter zu stärken und gezielt um neue Mitgliedsstädte zu werben.

Berlin hat als Regenbogenhauptstadt und als Gründungsmitglied des „Rainbow Cities Network“ (RCN) eine besondere Verantwortung für queere Rechte in Europa und weltweit.

2021 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin eine EntschlieÙung angenommen, in der Berlin zur „Freiheitszone für LSBTIQ*“ erklärt wurde und die u.a. eine Intensivierung der Arbeit im RCN sowie städteübergreifende Modellprojekte zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung zum Ziel hatte. In der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt 2019“ und ebenso im kürzlich beschlossenen „Berliner LSBTIQ+ Aktionsplan 2023 (IGSV)“ hat sich der Senat verpflichtet, weitere Städte für das RCN zu gewinnen.

Städte sind diejenigen Orte, in denen besonders viele Menschen ein Zuhause und eine Gemeinschaft gefunden haben, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität und/oder aus anderen Gründen durch den gegenwärtigen Kulturkampf von rechts bedroht sind. Die Städte haben das Potential und die Verantwortung, ihre queeren Communities zu stärken, für progressiven Wandel zu streiten und auf lokaler Ebene emanzipatorische Politiken umzusetzen.

Als in der Mitte Europas gelegene Metropole kann Berlin insbesondere eine wichtige Rolle dabei spielen, mehr Städte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern für das Netzwerk zu gewinnen, die bislang nur mit Ljubljana (Slowenien) vertreten sind, in ihren jeweiligen Ländern aber zentrale Ankerpunkte der LSBTIQ*-Communities sind und das Netzwerk

entscheidend bereichern könnten.

Der Senat soll bei seinen Bemühungen, das RCN zu erweitern, insbesondere die etablierten Beziehungen im Rahmen der Berliner Städtepartnerschaften nutzen. Dabei soll er zunächst an den bereits im Jahr 2020 erfolgten Senatsinitiativen anknüpfen und Warschau, Prag und Budapest in das RCN einladen.

Auch bei Städten aus anderen europäischen und außereuropäischen Regionen, zu denen Berlin gute Arbeitsbeziehungen pflegt (etwa im Rahmen von Eurocities), sollte für das RCN geworben werden. Erstrebenswert wäre zudem eine stärkere Präsenz der Region Berlin-Brandenburg im RCN, für die sich der Senat im Rahmen der Zusammenarbeit in der Hauptstadtregion einsetzen sollte.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2024 und dann jährlich zum 30. Juni zu berichten.

Begründung

Queere Rechte sind Menschenrechte. Dennoch erlebt Europa in mehreren Staaten auf nationaler Ebene erhebliche Rückschritte bei der Gleichstellung und bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichbehandlung von LSBTIQ*. Dies zeigt unter anderem der Rainbow-Europe-Index der „International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans & Intersex Association (ILGA Europe)“. Die sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung wird etwa bedroht und eingeschränkt in Ungarn durch Anti-LSBTIQ*-Gesetzgebung, aber auch in Italien durch Giorgia Melonis entsetzlichen Kampf gegen die Rechte von Regenbogenfamilien. Und auch hierzulande betreiben rechtsradikale Kräfte homo- und transfeindliche Hetze und gewinnen an Einfluss.

Berlin hat sich als Regenbogenhauptstadt dazu verpflichtet, international für die Rechte von LSBTIQ* einzustehen. Dies gilt insbesondere dort, wo queere Rechte bedroht sind und geschwächt werden. Daher steht Berlin in der Verantwortung, das RCN weiter auszubauen und geographische Lücken bei den Mitgliedsstädten zu schließen – gerade dort, wo progressive Stimmen vorhanden sind und LSBTIQ*-Communities gestärkt werden können. Dies ist oftmals in europäischen Groß- und Hauptstädten, auch in Mittel- und Osteuropa, der Fall. Eine Mitgliedschaft der (progressiven) europäischen Groß- und Hauptstädte im RCN ist daher unbedingt anzustreben. Aber auch kleinere und mittelgroße Städte spielen oft eine wichtige Rolle für die LSBTIQ*-Communities ihrer jeweiligen Regionen und sollten in größerer Zahl für das Netzwerk gewonnen werden.

Das RCN besteht zurzeit aus mehr als 50 Mitgliedsstädten weltweit. Mit einer Mitgliedschaft im Netzwerk bekennen sich die Städte zu ihrer besonderen Schutzverantwortung gegenüber ihren queeren Bürger*innen. Im Rahmen des Netzwerks tauschen die Mitgliedsstädte Best-Practice- Beispiele aus oder organisieren gemeinsame lokale Veranstaltungen und Initiativen. Das RCN bietet neben der Vernetzungsmöglichkeit das Potential der gegenseitigen Stärkung queerer Rechte in Europa und sendet ein wichtiges und solidarisches Signal an die queeren Communities.

Berlin, den 18. April 2024

Jarasch Graf Walter Neugebauer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Lederer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke